

**Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung**  
(46. - öffentliche - Sitzung am 28. Januar 2016)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Entwurf eines Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages über die Veranstaltung von digitalen terrestrischen Hörfunkprogrammen durch den Norddeutschen Rundfunk (NDR-Digitalradio-Änderungsstaatsvertrag)**

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Fraktion der CDU äußerte Zweifel daran, dass das neue Programmangebot nicht zu Mehrkosten führen wird, und bat die Landesregierung, vom NDR hierzu eine schriftliche Stellungnahme einzuholen.*

2. **Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen!**  
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4524](#)

*Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:*

- Wolfsburg AG, Projekt „Wireless Wolfsburg“
- Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. (BITKOM)
- Freifunk Norden e. V.
- Prof. Dr. Volker Grassmuck, Leuphana Universität Lüneburg

*Zum weiteren Verfahren vereinbarte der Ausschuss, die Antragsberatung in der Sitzung am 11. Februar 2016 fortzusetzen und nach Möglichkeit in der Sitzung am 25. Februar 2016 abzuschließen. Er strebt an, seine Empfehlung so rechtzeitig abzugeben, dass das Märzplenium erreicht wird.*

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4540](#)

*Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage der Vorlagen des GBD und eines Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen fort und unterstrich, die Beratung in der für den 4. Februar 2016 vorgesehenen Sitzung abzuschließen, um das Februarplenium zu erreichen.*

4. **Klimaziele umsetzen - Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Niedersachsen erhalten**  
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4672](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung gemäß § 27 Abs. 4. Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 durch. Er verständigte sich darauf, auf die Abgabe einer Stellungnahme zu verzichten und dem federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr stattdessen einen Auszug aus der Niederschrift über den Verlauf der Mitberatung zu übermitteln, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.*

5. **Förderinstrumente weiterentwickeln – Zukunftsfonds der NBank für innovative Förderungen in den Kommunen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4774](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrages, die er in der 45. Sitzung zurückgestellt hatte. Er vereinbarte, in der Sitzung am 11. Februar 2016 eine Unterrichtung durch das MW zu der Frage entgegenzunehmen, inwiefern durch die in dem Entschließungstext erhobenen Forderungen Vorschriften des EU-Beihilferechtes berührt werden, und sich durch das MF zu der Frage möglicher Auswirkungen auf die Einhaltung der Schuldenbremse unterrichten zu lassen.*

6. **Niedersachsens Stimme in Europa stärken: Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union ausbauen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4964](#)

*Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags, der ihm am 19. Januar 2016 direkt überwiesen worden war. Die Sprecher der antragstellenden Koalitionsfraktionen appellierten an die Oppositionsfraktionen, sich zu einer von allen Fraktionen getragenen Beschlussempfehlung an das Plenum durchzuringen. Auf Vorschlag der Vorsitzenden kam der Ausschuss überein, den Antrag zusammen mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung und über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union - Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1631](#) - dann wieder auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Fraktionen das Signal dazu geben.*

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über**

- a) den neu vorgelegten LROP-Entwurf der Landesregierung
- b) zum Stand der Umsetzung des Südniedersachsenprogramms

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen zu a) und b) entgegen. Auf Wunsch der Fraktion der CDU soll zu a) das Gespräch über den neu vorgelegten LROP-Entwurf der Landesregierung unter Berücksichtigung des Schreibens von Staatssekretär Dr. Mielke vom 27. Januar 2016 zur Frage der Flüchtlingsunterbringung soll in einer der kommenden Sitzungen fortgesetzt werden.*

8. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

**hier:** Unterrichtungswünsche zu EU-Vorlagen

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung; COM(2015) 625 final (Bundesratsdrucksache 643/15)**

*(abgesetzt)*

9. **Ausschussreise im 1. Halbjahr 2016 auf die Iberische Halbinsel**

**hier:** Beratung weiterer Planungsschritte

*Der Ausschuss nahm einen kurzen Zwischenbericht der Ausschussvorsitzenden über den Stand der Reisevorbereitungen entgegen.*

10. **Terminabsprachen, Verschiedenes**

*Der Ausschuss setzte die Termin- und Sitzungsplanung fort.*

